

Frauen- und Aktienquoten

Frauenministerin Schwesig hat vor kurzem ein positives Resümee bezüglich der von ihr initiierten eingeführten Frauenquote in Aufsichtsräten von Großunternehmen gezogen.

Zur Erinnerung: Die Bundesregierung hatte 2015 beschlossen, dass alle börsennotierten Unternehmen mit mindestens 2.000 Mitarbeitern eine 30%ige Frauenquote in ihren Aufsichtsräten anstreben müssen. Sobald ein Aufsichtsratsposten frei wird, muss zunächst eine Frau für diese Position benannt werden, bis die Frauenquote von 30% erreicht ist. Ansonsten bleibt die Position unbesetzt. In vorauseilendem Gehorsam gegenüber ihrem neuen Parteivorsitzenden Schulz kündigte Frau Schwesig sodann zusätzlich an, künftig weitere Frauenquoten einführen zu wollen. Kanzlerkandidat Schulz wird es mit Freude vernommen haben, denn die von ihm angestrebte Resurrektion des Sozialismus verlangt geradezu nach noch stärkeren staatlichen Eingriffen.

Größeren Nutzen könnten Schulz und Schwesig stiften, indem sie Ihr Augenmerk der Aktienquote zuwendeten. Dort nämlich, wo es um den materiellen Wohlstand der Bundesbürger geht, gibt es keinerlei wirksame Lobby oder gar ein eigenes Ministerium. Fürwahr, ein Aktienministerium wäre

auch tatsächlich so überflüssig, wie es das Frauenministerium heute ist. Die Sache aber, namentlich die wesentlich stärkere Beteiligung der Bevölkerung am Produktivkapital, verdient in Wahrheit allerhöchste politische Priorität. Es wird noch besser: Wer etwas für die materielle Bes-



sertellung von Frauen tun will, der soll nicht weibliche Inferiorität indizierende Frauenquoten sondern vielmehr hohe Aktienbesitzquoten anstreben. Selbige hätten noch den Vorteil, dass die Aktienmärkte geschlechtsneutral sind und eine weibliche Aktionärin genau die gleichen Rechte und

Pflichten besitzt, wie ihre männlichen Mitaktionäre. Überhaupt wird viel zu wenig wertgeschätzt, dass der Aktienmarkt vorbildlich frei von sexistischen, rassistischen, ethnischen und sonstigen potentiellen Diskriminierungen ist.

Aus zwei Gründen wächst die Notwendigkeit höherer Aktienquoten stündlich. Erstens ist es dieser Frauenministerin nicht gelungen, das demographische Defizit an Kindern wirksam zu bekämpfen. Es ist nur ein schwacher Trost, dass alle deutschen Regierungen der letzten 45 Jahre auf diesem Feld trotz enormer staatlicher Zuwendungen (Kindergeld etc.) kläglich gescheitert sind. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass das Ziel einer ausgewogenen demographischen Entwicklung schon vor vielen Jahren aufgegeben worden ist.

Zweitens hat die große Schuldenkrise der Jahre 2007 ff. dazu geführt, dass Zinssparen weitgehend nutzlos geworden ist. Mehr noch: Angesichts der erhöhten Geldentwertung führen die negativen Nominalzinsen mittlerweile

dazu, dass nahezu jedwede Zinsanlage direkt zu einer realen Vermögensminderung bei den Sparern führt.

Unbegreiflich bleibt daher, warum sich die Bundesregierung an unwichtigen und noch dazu irreführenden Themen wie der Frauenquote abarbeitet, wenn zugleich die Schäden durch eine zu geringe Aktienquote beim Geldvermögen der Bürger Kosten in Höhe von mehreren einhundert Milliarden Euro verursacht. Diejenigen, die zuletzt darauf gehofft hatten, dass Mario Draghi, der Chef der

Europäischen Zentralbank, die deutsche Politik aus der Zins- und damit auch Wohlstandsfalle durch eine Abänderung seiner Negativzinspolitik befreien würde, leiden an Illusionen. Der Ausweg aus der Zinskrise lautet für Deutschland nicht „höhere Zinsen“ sondern andere Anlageformen.

Der Bundesregierung stünde es gut zu Gesicht, die steuerlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen bei Geldanlagen neu zu überdenken. Dann wird sie zu der Schlussfolgerung gelangen, dass der permanenten Schulden-

und Zinsobsession Einhalt geboten werden sollte und die Bürger endlich den Weg in die Miteigentümerschaft an der Wirtschaft gehen müssen. Hohe Aktienquoten sind viel wichtiger als Frauenquoten.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns